lungen der Imperialisten mit den Balkanstaaten begleitet. Aber eben diese scheinbaren Widersprüche erhellen den Sinn der neuen Balkankonflikte. Während sich die Großmächte für eine Abrechnung vorbereiten, während sie nach Genf Delegationen schicken, halten sie die Lunte am Balkan-Pulverfaß, um es jeden Augenblick in die Luft fliegen lassen zu können. Es wird um die Balkanhilfstruppen gekämpft. Deshalb tauchen wieder, genau wie vor der Märztagung des Völkerbundes, gleichzeitig Nachrichten über Bündnisverhandlungen Frankreichs und Italiens mit Rumänien und Jugoslawien auf.

Ein dritter Ausschnitt aus dem Bilde Europas, das „befriedet" ist, in dem jede Meldung über Kriegsabsichten mit Entrüstung zurückgewiesen wird, ist der Schauplatz der polnischen Aktion gegen Litauen und die Vorbereitungen gegen die Sowjetunion.

So sieht die kapitalistische Welt aus, von der die patentierten Völkerbundsagenten behaupten wollen, sie gehe dem gesicherten Weltfrieden entgegen. Die Septembertagung des Völkerbundes wird für die gegen den Imperialismus kämpfende Arbeiterschaft womöglich noch lehrreicher werden, als die im März. Auch schon, was die Rolle des wiedererwachenden deutschen Imperialismus anbetrifft.

Völkerbund als Sozialismus-Ersatz

Kautskys neueste „marxistische" Leistung.

Als Rosa Luxemburg und Franz Mehring noch in der Vorkriegszeit ihre scharfen Pfeile gegen den immer seniler werdenden Karl Kautsky richteten, da verstanden selbst ehrliche revolutionäre Sozialdemokraten nicht die Notwendigkeit dieses Kampfes. Karl Kautsky, durch dessen marxistische Schule ganze Generationen von deutschen Sozialdemokraten gegangen waren, erschien diesen Arbeitern noch immer als der unfehlbare Lehrer des wahren Marxismus. Inzwischen hat die weitere Entwicklung Kautskys bewiesen, wie recht die alten „Radikalen" der SPD in ihrer Beurteilung Kautskys hatten. Im Kriege schmarotzte Kautsky für den antirevolutionären Pazifismus; nach dem Kriege aber forderte er Unterstützung bewaffneter Aufstände gegen Sowjetrußland durch die 2. Internationale.

Jetzt veröffentlicht Kautsky in sozialdemokratischen „linken" Provinzzeitungen einen Artikel über „Oekonomische Aufgaben des Völkerbundes", der beweist, daß Kautsky mit Marxismus und Sozialismus überhaupt nichts mehr gemein hat. Der Artikel beginnt mit dem Satz:

„Der Völkerbund bleibt die einzige rationelle Methode, die internationalen Streitpunkte aus der Welt zu schaffen, die der Krieg hinterlassen oder der Friedensvertrag neu geschaffen hat."

Dieser utopistische Standpunkt erfährt in den weiteren Darlegungen Kautskys eine Auslegung, die zeigt, daß Kautsky an den einfachsten Tatsachen blind vorübergeht. An Stelle einer nüchternen Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse und der sich daraus ergebenden Konflikte setzt Kautsky seine persönlichen Wünsche. Kautsky fragt nicht mehr, ob seine Vorschläge zu verwirklichen sind. Es genügt ihm, sie auszusprechen, und alle diejenigen, die an der Verwirklichung zweifeln, als Anhänger des „Despotismus" zu verfemen.

Kautsky macht unter anderem folgende genialen Vorschläge:

„Es dürfte weniger schwierig sein, statt die Zollgrenzen zu verschieben und auszuweiten, sie aufzuheben und einen wahrhaften Freihandel herbeizuführen . . .

Auch das müßte der Völkerbund herbeiführen können. Gelingt ihm diese Aktion, dann könnte er es sogar wagen, ein Weltgeld zu schaffen, das den internationalen Verkehr ungemein erleichtern müßte.

Je mehr die Entwicklung in dieser Richtung fortschreitet, desto entbehrlicher werden zunächst die offenkundigen Absurditäten, die durch die Friedensverträge geschaffen wurden, die Korridore und Freihöfen . . ."

Kautsky spricht nur noch von Nationalitäten, Staatswesen usw. Daß es auch Klassen gibt, hat er vollkommen vergessen. Deshalb erscheint bei Kautsky die Forderung der Sozialisierung als ein Vorschlag, der im Interesse der Unternehmer und bürgerlichen Regierungen durchgeführt werden muß. Kautsky sagt z. B.:

„Für manche Stoffe haben sich . . . geradezu private Monopole gebildet, vor allem für die unentbehrlichsten unter ihnen, die Heizstoffe, Kohle und Petroleum. Deren Förderungsstätten aus privatem Eigentum in Eigentum der Gesamtheit zu verwandeln, die privaten Monopole zu sozialisieren, wurde schon vor dem Kriege selbst von manchem Nichtsozialisten anerkannt."

Kautskys kühner Gedankenflug geht aber noch weiter. Selbst die mit Hilfe der Nichtsozialisten sozialisierten oder nationalisierten Monopole eines Landes könnten die „Begier großer wehrhafter Industrieorganisationen erregen"; deshalb:

„Diesem gefährlichen und bedrückenden Zustand entgeht die Welt nur dann, wenn es ihr gelingt, die Bodenmonopole zunächst an Petroleum und Kohle zu internationalisieren, was am besten dadurch geschähe, daß der Völkerbund sie übernähme . . .

Wir würden damit die höchste Form staatlich-kommunaler Wirtschaft erreichen."

Gegen solche Vorschläge ernsthaft zu polemisieren, ist überflüssig. Kautsky bleibt damit noch hinter den Vorschlägen der utopistischen Sozialisten vor der Entstehung des Marxismus zurück. Kautsky illustriert in seiner Person die Verlumpung des „Marxismus" der 2. Internationale im Zeitalter des Imperialismus und der sozialen Revolution.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß Kautskys klassenkampffeindlicher Artikel zuerst in der „linken" sozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung" erschienen ist.

Preußen will mit Hohenzollern verhandeln

Wie der sozialdemokratische Pressedienst mitteilt, hat die preußische Regierung in einer Kabinettssitzung am Freitag beschlossen, auf das Schreiben des Hohenzollernvertreters von Berg zu antworten, daß sie bereit ist, unverbindliche Besprechungen über die Abfindung zu führen. Besonders wird betont, daß als Anhaltspunkt für die Verhandlungen ein Antwortbrief Brauns anzusehen ist. Braun hat dort bekanntlich erklärt, daß er auf der Grundlage des in den letzten Reichstagssitzungen verlagten Kompromißentwurfes verhandeln könne. Praktisch heißt das, daß die Hohenzollern nach ihren Wünschen befriedigt werden sollen.

Neuer Brotwucher in Sicht!

Berlin, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages stellte der deutschnationale Abgeordnete Stuppendorf einen Antrag, das Gesetz über die Wertbestimmung der Einfuhrscheine sofort aufzuheben und der Wertbestimmung die jetzt geltenden Zollsätze zugrunde zu legen. Die Annahme dieses Antrages, der nächsten Freitag zur Debatte steht, würde eine sofortige Verteuerung des Brotes bedeuten, da durch diese Bestimmung die hohen Zölle auf Brotpreise in Deutschland sich sofort in erheblichem Maße auswirken würden. Die Junker wagen einen solchen Antrag zu stellen, während Millionen Arbeitslose am Verhungern sind.

Kapitalserhöhung der J. G. Farbenindustrie

Frankfurt a. M., 14. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Aktien der J. G. Farbenindustrie hatten gestern wieder große Kurssprünge zu verzeichnen. Sie notierten bis 298 Prozent der Vorkriegshöhe. Das Steigen der Aktien hängt mit Börsenmanövern zusammen, wonach eine Kapitalserhöhung im Ausmaße von 130 Millionen Rentenmark bevorsteht. — Wo 130 Millionen Rentenmark für Kapitalserhöhung da sind, da ist auch Geld für die notwendigen Lohnerhöhungen da. Die Legende über den „schlechten Geschäftsgang", den die Giftstoffe in den Betrieben noch immer verbreiten, muß ein für allemal aufhören.

Schießübungen an der Nordsee

Wie aus Wilhelmshaven gemeldet wird, finden jetzt an der Nordsee an den Strand- und Küstenbefestigungen große Schießübungen mit Geschützen aller Kaliber statt. Von Schilling aus wird nach Richtung Mellum, von Wangeroog nach der offenen See geschossen. Die Batterien donnern von früh bis nachts mit kürzeren Unterbrechungen.

Da vor einigen Tagen auch bei den Schießübungen der Marine in der Ostsee eine dänische Galeere durch Torpedoschuß in den Grund gejagt wurde und noch rechtzeitig die Rettung der Schiffsbesatzung gelang, besteht auch hier bei den Schießübungen an der Nordsee die gleiche Gefahr. Deshalb muß es Aufgabe insbesondere aller Seeleute sein, sich gegen die Bedrohung durch diesen Schießunfug zu schützen, wenn sich das Beispiel des Unterganges der dänischen Galeere nicht wiederholen soll.

Die Hafenarbeiteraussperrung in Nordfrankreich

Seit Anfang Juni stehen die Hafenarbeiter der wichtigsten Hafenstädte der französischen Nordküste in einem erbitterten Kampf gegen das Unternehmertum. Die Angreifenden sind die Unternehmer, die sich die Zerstörung der Gewerkschaften zum Ziel gesetzt haben und Lohnforderungen der Arbeiter mit Aussperrungen beantworten. Der wichtigste dieser Kämpfe ist die Aussperrung der Hafenarbeiter von Dünkirchen. Daneben stehen Aussperrungen in den Häfen von Boulogne und Rouen. In den letzten Tagen traten Dockarbeiter in Le Rochelle und Cherbourg in den Ausstand.

Die Bewegung in Dünkirchen — ebenso wie alle übrigen — hat ihren Ursprung in Lohnstreitigkeiten, die sich aus der mit dem Frankensturz verbundenen Lohnentwertung herleiten. Gemäß einer früheren Vereinbarung verlangten die Arbeiter Anpassung ihrer Löhne an das alte Lohnniveau. Die in einem sogenannten „Verteidigungskomitee" zusammengeschlossenen Unternehmer stellen nun ihrerseits die Forderung auf, daß der bisher bestehende garantierte Mindestlohn für Akkordarbeit abgeschafft werde und daß sich die Arbeiter verpflichten sollten, auch mit Unorganisierten, mit Gelben, zu arbeiten. Das gesunde Klassenempfinden der Hafenarbeiter wies besonders die letzte Zumutung zurück. Die Unternehmer trieben bewußt die Streitigkeiten auf die Spitze, um durch einen langen Kampf die Zerstörung oder mindestens Erschütterung des starken reformistischen Hafenarbeiterverbandes (5000 Mitglieder) zu erreichen. Die Lohnverhandlungen wurden immer wieder verschleppt, und als ein unbedeutender Streik der Gruppe der Verlader nicht sofort auf Befehl der Unternehmer eingestellt wurde, verhängten sie am 11. Juni die Aussperrung der gesamten Hafenarbeiter.

Die Hafenarbeiter aber ließen sich nicht einschüchtern. Mit großem Enthusiasmus wurde der Kampf aufgenommen und durchgeführt. Täglich fanden Streikversammlungen und in der ersten Zeit auch beinahe alle Tage Demonstrationsumzüge statt, an welchen sich immer größere Teile der Bevölkerung beteiligten. Denn die Sympathie der Einwohner von Dünkirchen war auf seiten der Streikenden. Dies zeigte sich recht deutlich am Tage des Nationalfestes, den 14. Juli, als der Straßenumzug der offiziellen Patrioten nur sehr dürftig ausfiel, in dem Demonstrationszug der Arbeiter aber 10 000 Personen marschierten. In der völlig vom Hafenverkehr lebende Stadt starb unter dem Streik litt (die Schiffe vermeiden Dünkirchen, da sie dort weder laden noch löschen können), so organisierten der Streikenden Ausbetterkolonnen, welche auf Rechnung des Streikkomitees Reparaturarbeiten übernahmen. Hiermit waren die Unternehmer an ihrer verwundbarsten Stelle, dem Geldbeutel, getroffen. Das sonst behagte ihnen nicht die Entwicklung der Bewegung. Die entschlossene Haltung der Streikenden hielt zwar Streikbrecher in gehörigem Respekt, aber im übrigen bewahrten die Kämpfer den Arbeiter eine zwar feste, aber ruhige Haltung. Deshalb ging das Verteidigungskomitee der Unternehmer zur Provokation über.

Als die Arbeiter nach vierwöchiger Aussperrung, gezeitigt durch einige Fälle von Streikbruch, beschlossen hatten, diesen Streikbrechern gegenüber zu direkten Aktionen überzugehen, war dies ein Signal für das Verteidigungskomitee, die Provokateure loszulassen. Eines Tages brachen im Hafen gleichzeitig mehrere Brände aus, und die feile Kapitalistenpresse behauptete jetzt einfach, die Streikenden hätten diese Brände angelegt. Die Behörden stellten sich sofort in den Dienst des Unternehmertums. Der ganze Hafen wurde abgesperrt und ein ungeheures Gendarmerieaufgebot nach Dünkirchen beordert. 6000 Soldaten und 800 Gendarmen wurden bereitgestellt, um die Bewegung im Blute zu ersticken. Offenbar hat aber die Regierung einige Sorge, daß das Klassengefühl der Soldaten ihrer Verwendung im Straßenkampf hinderlich sein könnte, denn sie benutzte zu den Angriffen auf die Demonstrationszüge der Arbeiter fast ausschließlich die Gendarmen.

Wegen der langen Dauer des Kampfes wird die Lage der Arbeiter täglich bedrohlicher. Das Streikkomitee speist die Arbeiter und ihre Familien mit „kommunistischen Suppen". Sowohl die revolutionären wie die reformistischen Gewerkschaften veranstalten Sammlungen für die Streikenden. Die Internationale Arbeiterhilfe — ebenso wie die Gewerkschaften — damit begonnen, die Kinder der ausgesperrten Arbeiter in anderen Orten unterzubringen. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation, deren Sekretär, Fimmen, sich persönlich nach Dünkirchen begab, um die Lage kennen zu lernen, bewilligte zunächst 10 000 Frs. für die Streikkasse. Ferner wandte sich das Streikkomitee an den russischen Transportarbeiterverband mit der Bitte um Unterstützung. Diese blieb trotz der ungeheuren finanziellen Belastung, welche die russischen Arbeiter haben, nicht unerhört. Der russische Transportarbeiter-Verband sandte 1000 Rubel. — Alle Versuche, den Konflikt durch Verhandlungen zu beenden, sind bisher gescheitert.

In Boulogne brach etwa gleichzeitig mit der Aussperrung in Dünkirchen ein Hafenarbeiterstreik aus, bei welchem sich die Behörden ganz offen auf die Seite der Unternehmer stellten, indem sie die Arbeitsbörse schlossen, so daß die Arbeiter genötigt waren, ihre Streikversammlungen in der Nachbargemeinde Outreau zu veranstalten, wo die Gemeindeverwaltung in Händen von Kommunisten und Sozialdemokraten liegt. In Rouen wurden zweimal im Verlauf der Dünkirchener Aussperrung siegreiche Solidaritätsstreiks geführt. Ueberhaupt stellt der Sekretär der französischen Hafenarbeiter-Föderation fest, daß in den Häfen von Calais, Rouen und Antwerpen vollste Solidarität mit den Streikenden geübt wird. In den letzten Tagen sind, wie gesagt, auch in den Häfen von La Rochelle und Cherbourg Hafenarbeiterstreiks ausgebrochen.

Das Internationale Propagandakomitee der revolutionären Transportarbeiter ruft zur Unterstützung der französischen Hafenarbeiter auf.

Der Stahltrust gescheitert?

Berlin, 16. August. Die Morgenblätter berichten aus Brüssel: „Derniere Heure" meldet, es habe die bestimmte Mitteilung erhalten, daß die Verhandlungen der Metallindustriellen gescheitert seien. Zwischen den deutschen, französischen und luxemburgischen Vertretern habe volle Uebereinstimmung bestanden, daß jeden die Belgier mit den Vorschlägen nicht zufrieden gewesen. Letztere hätten für jeden der belgischen Metallindustriellen ein beträchtlich höheres Produktionsquantum herausgerechnet, als in Paris für die gesamte belgische Produktion festgesetzt worden sei. Das Blatt sagt weiter, daß sehr geringe Wahrscheinlichkeit für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen in Deutschland bestehe.

Steigende Brotpreise

Die im vorigen Jahre angenommenen Zölle haben eine Brotverteuerung mit sich gebracht, was die Feststellungen des preußischen statistischen Landesamtes auf Grund von Erhebungen in 51 preußischen Städten nachweisen. Es kosteten:

	1913	Juni 1926,	Juli 1926
	(ein Kilogramm in Pfennigen)		
Roggenbrot . .	29	29,6	30,7
Roggenmischbrot .	29	36,9	38,3
Weizenkleingebäck	53	76,8	77,8
Roggenmehl . .	29,8	36,2	38,4
Weizenmehl . .	37,3	52,1	53,3

Die Zölle verteuern also eines der wichtigsten Nahrungsmittel, das Brot, ganz erheblich. Die Arbeiter können sich den Hungertermin enger schnallen; die Junker werden dick und fett dabei. Die neue Zollerhöhung, die ab 1. August eingetreten ist, wird eine weitere Steigerung der Brotpreise mit sich bringen.

Gekreuzigte Völker

Von Henri Barbusse.
(Aus seinem neu erschienenen Buch: „Die Henker")

Wir wollen jetzt die Einzelheiten über die Foltern und Morde kennen lernen. Alles, was wir gewohnt sind, müssen wir dabei außer acht lassen, wir müssen uns an die Seite der Opfer stellen, sie sehen, sie zeigen und, wenn wir es können, sie zählen.

Es sind ihrer zu viele!

Sie zählen, das können wir nicht. Ich habe versucht, eine Statistik zu finden, die die als wahr bewiesenen Attentate und alle, die öffentlich bekannt sind, zusammenstellte. In diesen „Katalogen" finden sich ungezählte Lücken. Es gab da zuviel Einzeltaten, Massenmorde. In keiner Statistik wird die Zahl der Opfer der Unterdrückung seit dem Regierungsantritt Jankoffs in ihrer annähernden Höhe von 18 000 Getöteten angegeben. Diese Zahl stammt von Vaudervelde und erreicht ungefähr diejenige Zahl, die von den sichersten und glaubwürdigsten Zeugen, die ich angetroffen habe, angenommen wird. Eine hohe, unabhängige Persönlichkeit, die wie durch ein Wunder noch frei in Sofia lebt, versichert, daß vom Staatsstreich im Juni 1923 bis zum Attentat auf die Kathedrale im April 1925 in Bulgarien 15 000 Morde vorkamen. Nach dem Attentat weitere 5000.

Die Frauenkommission der englischen Labour Party teilt in ihrem Bericht vom 10. September 1925 mit, daß ungefähr 20 000 Bauern, darunter 25 Abgeordnete, getötet wurden oder verschwunden sind.

Vor ungefähr einem Jahre schrieb der „New Leader": „Wir sind im Besitz von Mitteilungen, die fast unglaublich sind. In Bulgarien sind allein im Monat Januar 150 Morde vorgekommen."

Charles Maus, ein amerikanischer Journalist, schreibt: „Am 22. April 1925, sechs Tage nach dem Attentat auf die Kathedrale in Sofia, gab es in Bulgarien 30 000 Gefangene, 4000 Verhaftungen."

Obgleich selbst König Boris öffentlich von Tausenden von Opfern gesprochen hat und Jankoff Hunderte von getöteten Lehrern erwähnt, obgleich General Kalfow, der Minister des Aeußern, zu Herrn Crosse, dem englischen Vertreter in Sofia, davon sprach, daß 5000 Personen allein im Monat September 1923 getötet worden seien, ist die offizielle Zusammenstellung natürlich viel bescheidener. Die Communiqués, die die bulgarische Regierung in die Zeitungen setzen läßt, ohne Kommentare und ohne Einzelheiten, sollen dem leichtgläubigen Leser vermachen, daß die Berichte über Terror übertrieben seien. Der Generalsekretär des Ministers des Aeußeren, Herr Rissimow, hat mir versichert, daß die Morde an Revolutionären seit dem Regierungswechsel die Zahl von 3500 nicht überschritten hat. Die Schätzung dieses haben bulgarischen Beamten erscheint noch übertrieben, wenn man den französischen Vertreter in Bulgarien hört. Dieser Herr hat mich in der französischen Botschaft in Sofia in Abwesenheit des Ministers empfangen, der abgereist war, um in Genf für die „allgemeine Brüderlichkeit" zu arbeiten. Dieser Herr sagte, daß der Sturz der Regierung Stambulinski nicht mehr als 2500 bis 3000 Opfer gefordert habe.

Der Kriegsminister, General Wollow, eines der aktivsten Elemente im Ministerium, erklärte in der Sobranje, daß seit dem Attentat die Zahl der getöteten Revolutionäre ungefähr 25 sei. Diese Erklärung ist eine der unverschämtesten Herausforderungen. Molinow, ein Abgeordneter, ehemaliger Premierminister — er rückte von der Erklärung des Kriegsministers ab — erklärte mir, daß im gegenwärtigen Augenblick Petitionen über 121 Hinrichtungen als Folge der Affäre vom 16. April 1925 vorlagen. Dies sei jedoch nur ein ganz kleiner Bruchteil gewesen.

In dem Organ der bulgarischen Regierung „Demokratitscheski Sgowor" vom 16. November 1925 ist nachfolgende Statistik für den Monat Oktober veröffentlicht: 46 Tote (9 Frauen), Selbstmorde (9 Frauen), 15 Schwerverwundete, 2 gefundene Leichname, 35 tödlich Verletzte (darunter 5 Frauen), 4 Selbstmordversuche (darunter 2 Frauen), im ganzen 125 Opfer im Monat Oktober." Das ist die offizielle Statistik! „Gefundene Leichname", das sind die Personen, die auf Befehl der Regierung getötet worden sind.

*

Noch einige Stellen einer Geheimorder des Kriegsministers seien hier angeführt, damit all den Personen, die den Veröffentlichungen der Regierung, in der der Kriegsminister Wollow arbeitet, noch Glauben schenken sollten, die Augen geöffnet werden.

Geheimorder des Kriegsministers:

„Alle Garnisonen und alle militärischen Verbände stehen sich mit den lokalen Komitees der Regierungspartei in Verbindung, um die Mittel zu finden, mit denen man die Bauernsyndikate und die Kommunisten bekämpfen kann. Gegen diese muß man besonders alle Strenge anwenden. Vor allen Dingen müssen ihre Intellektuellen ausgerottet werden, die befähigtsten und tapfersten Kämpfer für ihre Ideen. Auf schnellstem Wege muß man die Namen dieser Leute in einer Aufstellung zusammenfassen, damit man im gegebenen Moment ihre Führer töten kann. Schuldig oder unschuldig. Ueberall, wo ein Aufruhr auszubrechen droht, macht man ohne jedes Mitleid ein Massaker unter den Gefangenen, Konspirateuren, allen ihren Komplicen und denen, die sie verborgen halten. Dieselbe Behandlung erfahren ihre Familien. Ihre Häuser sollen angezündet werden.

Wenn die Aufrührer oder die Illegalen sich in einem Gebäude verbergen, so soll es angezündet werden und nicht im Sturmangriff genommen, um bei uns Verluste zu ersparen. Die Armeeverbände müssen sich zu diesem Zweck mit Vorratsbomben mit Petroleum versehen.

Jeder Gefangene wird innerhalb 24 Stunden verurteilt und hingerichtet. Die Aufrührer sollen unter den Augen ihrer Mitgenossen hingerichtet werden. Ungehorsam gegen die Order wird mit sofortiger Hinrichtung bestraft. Ebenso wird jeder mit dem Tode bestraft, der von der vorliegenden Order irgend etwas verrät."

Hierbei muß man bedenken, daß diese Order vor dem Attentat auf die Kathedrale erlassen worden ist. In einem militärischen Erlaß von 1924 wird sogar gesagt, daß die bulgarischen Truppen auf die Bevölkerung ohne vorherige Verwarnung feuern können. Das ist eine Niederträchtigkeit, die ihresgleichen sucht.

Neues aus Rußland

Ein neues Museum der Geschichte des Buches. Im Moskauer Kumjanzew-Museum wird ein „Museum der Geschichte des Buches" eröffnet. Darin soll die Geschichte des Buches im Laufe von 9½ Jahrhunderten — angefangen von den Handschriften des 11. Jahrhunderts bis zu den letzten Büchermanifesten — dargestellt werden.

Kongresse. Vom 11. bis 15. September 1926 findet in Kalug der erste Wolgakongreß zur Bekämpfung der Geschlechts- und Hautkrankheiten statt. Auf der Tagesordnung stehen: die örtliche Bekämpfung der venerischen Krankheiten, der Zustand der Fürsorgestellen für venerische Krankheiten und Vorträge über experimentelle Klinik in der Venerologie.